

ESM wird die Lasten für Bürgerinnen und Bürger drastisch ausweiten und bringt den demokratischen Rechtsstaat zu Fall

1. Der ESM ist eine internationale Finanzorganisation, der zinsgünstige Milliarden-Kredite an schwächelnde Euro-Staaten vergeben soll. Beabsichtigt ist, ihn mit gewaltiger Feuerkraft auszustatten. Die Erstausrüstung seines Kapitals beträgt inklusive Bareinlage 700 Mrd. €. Der Löwenanteil von 190 Mrd. € soll auf Deutschland, das im BIP pro Kopf nur noch eine Mittelplatz einnimmt, entfallen. Bei Bedarf kann der Gouverneursrat das Volumen jederzeit ausweiten.

2. Alle Geldströme unter den europäischen Rettungsschirmen, auch die des ESM, fließen nur scheinbar horizontal: Von Deutschland nach Griechenland, von den Niederlanden nach Portugal, von Finnland nach Spanien. Tatsächlich fließen sie vertikal: Von allen europäischen Ländern aufwärts an Investmentbanken, Schattenbanken, Hedge-Fonds, Off-Shore-Operationen. Diese haben zusammen mit einer kooperierenden politischen Führungsschicht die Schuldenkrise eingefädelt. Diese haben inzwischen die Giftprodukte größtenteils wieder abgestoßen, so wie das in jeder anderen Finanzkrise nach immer demselben Grundmuster geschieht. Diese sind dabei, über die Institutionen von Global Governance (Troika) die Staaten abzubauen, die Systeme der Sozialen Sicherheit zu unterminieren, die Arbeitsmärkte weiter zu prekarisieren, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Vermögen zu nehmen. Und das in allen Ländern Europas – von Süd bis Nord, von Ost bis West. Und wegen dieser vertikalen Stoßrichtung, ist die Einführung einer Transferunion mit all ihren verschiedenen Bausteinen falsch. Sie ist kein Ausdruck der Solidarität zwischen den europäischen Nationalstaaten, sie unterwirft vielmehr die Bürger der Ausplünderung durch globale Finanzinstitutionen.

3. Der nächste Baustein in dieser Bedrohung unserer Rechts- und Finanzverfassung ist die geplante Etablierung des ESM. Er soll die Umverteilung von unten nach oben auf noch größere Füße stellen, nach ESFS, Dicker Bertha und Target-System. Er soll die verbliebenen demokratischen Rechte auf einen Restposten minimieren. Er verstößt gegen fundamentale Rechtsprinzipien und Grundsätze einer demokratischen Staatsordnung. Die Gewaltenteilung wird ausgehebelt. Die umfassende Ermächtigung der Exekutive soll sicherstellen, dass die laufende systemische Fehlsteuerung demokratisch und rechtsstaatlich nicht mehr kassiert werden kann.

4. Wir Piraten sehen uns in einer sehr ernstern Situation. Schon einmal hat Deutschland für eine Ermächtigung geblutet. Jetzt soll diese auf europäische Ebene angehoben werden. Gegenwärtig tritt der Fall ein, für den Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes Vorkehrung getroffen hat: Danach haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, unsere Grundordnung zu beseitigen. Dieses Widerstandsrecht nehmen wir jetzt in Anspruch: Gegen Kanzlerin und Finanzminister, die diese Weichenstellung in Brüssel voran treiben. Gegen alle Fraktionsführungen, die ihren Abgeordneten eine Pro-

Abstimmung vorgeben. Gegen alle Parlamentarier, die für den ESM zu stimmen beabsichtigen.

Wir Piraten anerkennen keine Gesetzgebung, die gegen das Grundgesetz verstößt. Sollten Bundestag und Bundesrat den ESM entgegen unserem Grundgesetz beschließen, werden wir die Rückabwicklung des ESM im nächsten Bundestag betreiben.

Wir Piraten sind pro-europäisch. Wir setzen uns für einen mit einer gemeinsamen Verfassung konstituierten, demokratischen europäischen Rechtsstaat ein. Solange es jedoch kein demokratisch verfasstes Europa mit demokratisch beschlossener Finanzverfassung gibt, solange bleibt der Übergang zur Transferunion verfassungswidrig.

19. Juni 2012